

»Sie wollen die Hoheit nicht aus der Hand geben«

Wiesbadener CDU weigert sich, Fragen beim Bürgerprojekt www.abgeordnetenwatch.de zu beantworten. Ein Gespräch mit Martin Reyher

Gitta Düperthal

Martin Reyher ist Redakteur bei www.abgeordnetenwatch.de

Wiesbadener CDU-Stadtverordnete haben ihr Vorhaben, das Projekt www.abgeordnetenwatch.de auf Kommunen und Kreistage auszuweiten, für sich strikt zurückgewiesen - schon die Aufnahme ihres Namens bezeichneten sie als Zumutung und Rechtsbruch. Wie kam es zu dieser Auseinandersetzung?

Vollkommen überraschend erhielten wir Post aus Wiesbaden von der CDU-Stadtverordnetengfraktion. Diese teilte uns mit, daß wir sie nicht auf eine Profilseite von Abgeordnetenwatch übernehmen dürfen; unterschrieben von allen Fraktionsmitgliedern. Das Erstaunliche ist, daß wir dies aktuell gar nicht geplant hatten. Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Stadtratsmitglieder zu befragen. In einer Kommune starten wir aber nur dann, wenn sich zuvor ein interessierter Bürger findet, der anderswo bereits veröffentlichte Angaben der Stadtratsmitglieder in einer Tabelle zusammenträgt - mit ihren Funktionen und Mailadressen. Erst danach erstellen wir Profile. In Wiesbaden hatte sich aber niemand bei uns gemeldet. Daß wir so vorgehen, hat praktische Gründe: Unser kleiner Verein kann das alles gar nicht bewältigen. Deshalb binden wir die Bürger ein. 2004 haben wir dieses Internetportal für die Hamburger Bürgerschaft gestartet, 2005 kam der Bundestag hinzu, in acht Landtagen und im Europaparlament können Abgeordnete von Bürgern befragt werden. Seit 2011 heben wir Abgeordnetenwatch mit Unterstützung der Bürger auf die kommunale Ebene.

Die CDU-Fraktion in Wiesbaden hat vorsorglich mit einer Klage gedroht - auf welcher Rechtsgrundlage?

Das wüßten wir auch gern. Im Schreiben des Justitiars heißt es, daß eine Weiterleitung von Bürgerfragen durch uns an die Stadtratsmitglieder eine widerrechtliche Persönlichkeitsverletzung ist. Das können wir nicht nachvollziehen: Weder daß eine Weitergabe widerrechtlich sein soll, noch daß dadurch eine Persönlichkeit verletzt werden soll. Schließlich sind Kommunalpolitiker Volksvertreter und somit Personen des öffentlichen Lebens. In einer Demokratie muß es Bürgern gestattet sein, kritische Fragen an Politiker zu stellen. Ob sie das in der Bürgersprechstunde, über soziale Netzwerke wie Facebook oder eben über Abgeordnetenwatch tun, sollte ihnen selber überlassen bleiben.

Können Sie sich erklären, warum sich die CDU in Wiesbaden dagegen sperrt, Fragen auf ihrer Seite öffentlich zu beantworten?

Sie argumentieren, daß die Abgeordneten zu viele Fragen bekommen könnten, die sie nicht mehr bewältigen können. Wir halten das für einen Vorwand. Erfahrungsgemäß erhält ein Kommunalpolitiker im Schnitt zwei oder drei Fragen im halben Jahr. Vielmehr vermuten wir, daß die Politiker Sorge haben, die Hoheit über ihre Kommunikation aus der Hand zu geben. Anders als bei Abgeordnetenwatch kann ein Politiker auf Facebook gestellte Fragen löschen, wenn sie ihm nicht passen. Wir lesen jede Frage vor dem Freischalten, ob sie keine Beleidigung enthält oder auf das Privatleben zielt. Ist das gesichert, stellen wir sie online - einige Politiker wollen sich dem kritischen Bürgerinteresse nicht stellen.

Ist Abgeordnetenwatch nicht harmlos? Bürger stellen Fragen, Politiker antworten - was haben letztere zu befürchten?

Das Projekt ist, was die Bürger daraus machen. Stellen sie harmlose Fragen, bleibt es harmlos. Aber einige formulieren kritische Fragen: Sie wollen etwa wissen, warum ein Politiker bei so vielen Abstimmungen abwesend ist - oder warum er so viele Nebeneinkünfte hat. Dann bleibt diese Frage in seinem Profil stehen und bleibt mit ihm verbunden. Die Bürger können sehen, wie der Abgeordnete darauf reagiert, ob er antwortet, nur Standardfloskeln verwendet oder sich in Schweigen hüllt. Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Die CDU hat also genau das erreicht, wovor sich Politiker hüten sollten; in den Ruf zu geraten, Bürgernähe

abzulehnen?

Allerdings, ein Berufsschullehrer aus Bremen hat an die CDU Wiesbaden und in Kopie an uns eine Mail geschickt. Als er seiner Klasse die Klageandrohung an Abgeordnetenwatch vorgelesen hätte, sei unter den Schülern die weit verbreitete Meinung entstanden, daß »die da oben nichts mit uns zu tun haben wollen«.

Werden Sie jetzt trotzdem in Wiesbaden starten?

Wir machen unseren Start nie davon abhängig, ob Politiker uns die Erlaubnis dazu geben - nach diesem Vorkommnis gibt es Anfragen von Bürgern aus Wiesbaden.